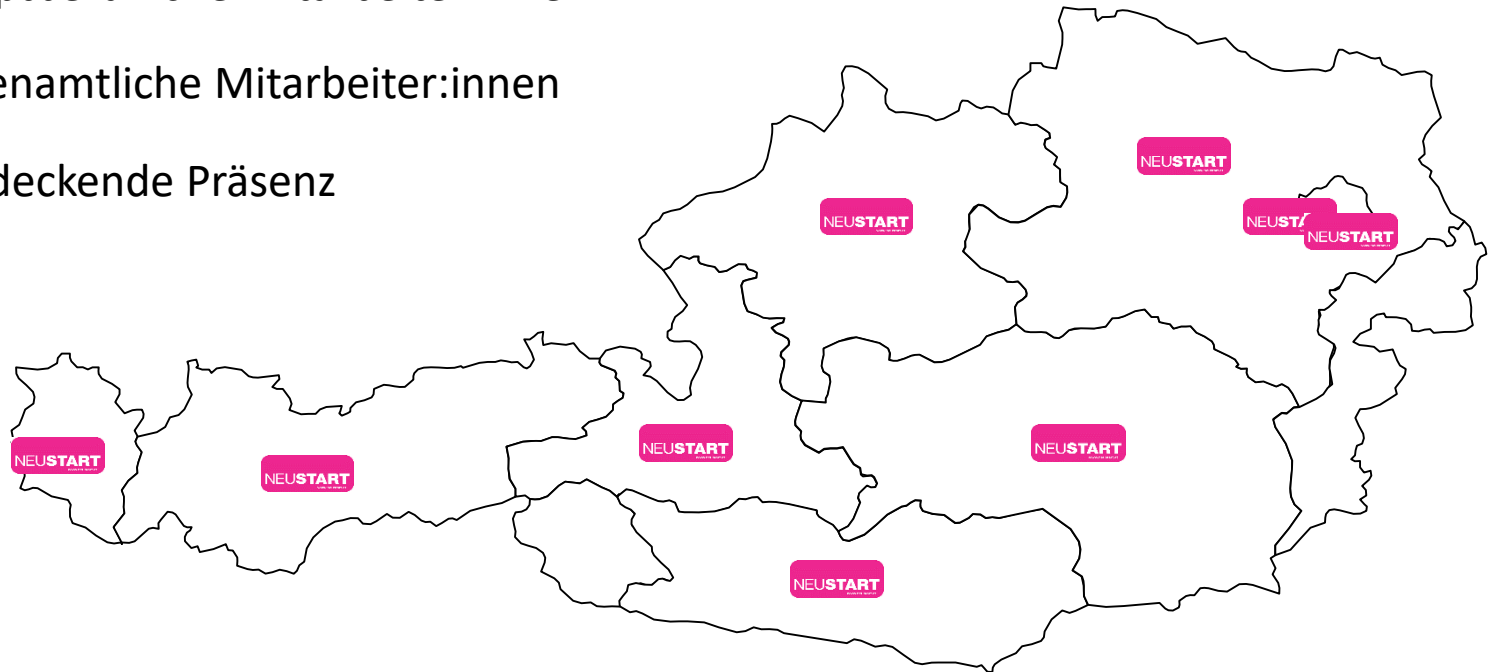


DIE WENDE ZUM GUTEN.

... 5 Thesen gegen Populismus

NEUSTART – Sozialarbeit im Auftrag der Justiz

- 700 hauptberufliche Mitarbeiter:innen
- 900 ehrenamtliche Mitarbeiter:innen
- Flächendeckende Präsenz



Dienstleistungen

- Bewährungshilfe
- Elektronisch überwachter Hausarrest
- Haftentlassenenhilfe
- Gewaltpräventionsberatung
- Tatausgleich
- Vermittlung gemeinnütziger Leistungen



Populismus?

Wie können wir mit populistischen Forderungen oder Berichterstattungen umgehen?

Seite 22

ÖSTERREICH

Freitag, 9. September 2022

Freitag, 9. September 2022

Klimabonus-Millionen auch im Häfen

Die nächste Posse in Sachen Anti-Teuerung: Mörder oder Schlepper erhalten hinter Gittern ebenso Gutscheine.

Wer schnell hilft, hilft auch Schwerverbrechern – denn die 500-Euro-Klimabonusgutscheine der Regierung im Kampf gegen die Teuerung bringt die Post dieser Tage auch „zu persönlichen Händen“ in die heimischen Justizanstalten. Als Erklärung: Auch jene rund 8800 Häftlinge, die länger als sechs Monate in Gefängnissen gemeldet



Klimabonus-Gutscheine auch für Häftlinge hinter Gittern.

sind, sind anspruchsberechtigt. Obwohl „vollversorgt“, erhalten sie die stolze Summe von knapp 4,5 Millionen Euro Steuergeld... Nach dem türkis-grünen Streit wegen Asylwerbern der nächste Aufreger rund um die Anti-Teuerungsmaß-

nahmen. Bei den Häftlingen stellen sich jedenfalls einige pikante Fragen. Wie und wo löst etwa ein Lebenslänglicher seinen Gutschein ein, der ja auch namentlich ausgestellt ist? Müssen schwerbewaffnete Beamte nun jeden einzelnen Häftling aus-

führen? Auch Albin Simma, Vorsitzender der Justizwache-gewerkschaft, übt Kritik an Klimaministerin Gewessler als „Steuergeldverbräterin“: „Friss oder stirb“ scheint die Devise dieser Politik zu sein. Hauptsache man ist gönnerhaft.“

Häfen

11 Nicht nur, dass es ein gesellschaftspolitischer Skandal ist, ist es auch eine absolute Sauerei, wie hier mit Steuergeldern umgegangen wird.

Albin Simma, Justizwache-gewerkschaft



Dabei könnte das Steuergeld gerade im Strafvollzug sinnvoll, etwa für lange notwendige Sanierungsmaßnahmen, verwendet werden. Simma: „Aber da setzt man lieber rigoros den Sparstift an.“ Christoph Budin

29.08.2022, 13:27

500-Euro-Bonus auch für Häftlinge – jetzt tobt FPÖ



Dass auch Gefängnisinsassen den Bonus erhalten, stößt den Freiheitlichen auf. (Symbolbild) Getty Images/iStockphoto

Die FPÖ wütet: Dass auch Gefängnisinsassen den Klimabonus erhalten, "ist der nächste Schlag ins Gesicht der arbeitenden Bevölkerung".

5 Thesen

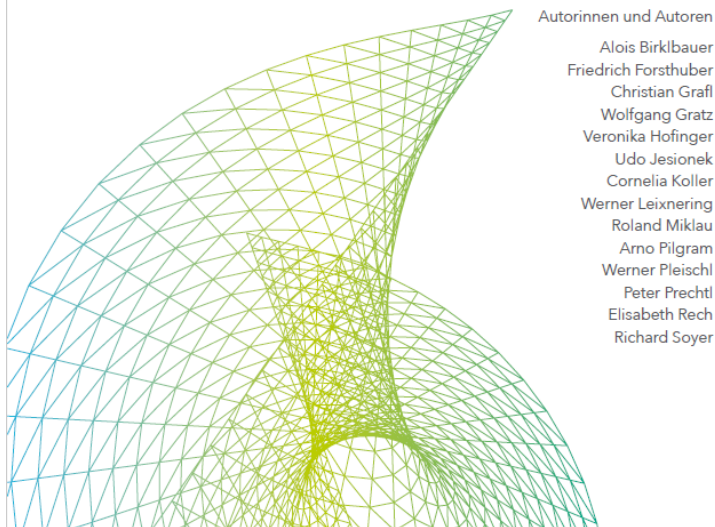
1. Netzwerken und Allianzen schließen hilft gegen Populismus.
2. Kommunizieren und Erklären hilft gegen Populismus.
3. Wirkungsnachweise erbringen hilft gegen Populismus.
4. Innovativ sein hilft gegen Populismus.
5. Haltung zeigen hilft gegen Populismus.

1. Netzwerken und Allianzen

Netzwerk Kriminalpolitik

Netzwerk Kriminalpolitik

Zehn Gebote guter Kriminalpolitik



Zehn Gebote guter Kriminalpolitik | Überblick

- 1 Gute Kriminalpolitik ist rationale Kriminalpolitik. Sie schützt Menschen und Rechtsgüter und vermittelt Verständnis für maßvolle und differenzierte Reaktionen sowie für die nötigen Kosten des Rechtsstaates.
- 2 Grund- und Menschenrechte bilden den Maßstab und die Grenzen des Strafrechts.
- 3 Die beste Kriminalpolitik liegt in einer guten Sozial- und Wirtschaftspolitik.
- 4 Kriminalpolitik befasst sich ausschließlich mit dem Kernbereich gesellschaftlicher Normen. Strafrechtliche Sanktionen sind in ihrer Normierung sowie als Reaktion im Einzelfall maßvoll und verhältnismäßig einzusetzen.
- 5 Kriminalpolitik hat die Unabhängigkeit der Rechtsprechung zu respektieren und zu sichern.
- 6 Angemessene strafrechtliche Reaktionen müssen besonderen Bedürfnissen, insbesondere von jungen und psychisch kranken Straffälligen, Rechnung tragen sowie sämtliche Konsequenzen und Sanktionsfolgen auf strafbares Verhalten einbeziehen.
- 7 Die Kriminalpolitik wendet sich den Opfern strafbarer Handlungen zu und respektiert sie als diejenigen Personen, die am intensivsten von Straftaten betroffen sind.
- 8 Ziel des polizeilichen Handelns ist es, das Zusammenleben von Menschen, Bevölkerungsgruppen und Organisationen in Sicherheit und Freiheit im Rahmen des Rechtsstaates zu ermöglichen.
- 9 Bereits im Rahmen des Strafverfahrens soll eine Reaktion auf die Straftat mit dem Ziel der (Re-)Integration in die Gesellschaft erwogen oder eingeleitet werden.
- 10 Die Praxis des Strafvollzugs ist ein Gradmesser für die menschenrechtliche Reife einer Gesellschaft.

1. Netzwerken und Allianzen

Medien

6 FALTER 39/19 MEINUNG

Das Gewaltschutzpaket der Populisten

Türkis-Blau will noch vor der Wahl ein höheres Strafmaß bei Sexualdelikten durchboxen. Das fordern nicht einmal die Opferverbände

KOMMENTAR:
EVA KONZETT



Die Autorin ist Politikredakteurin des Falter

Man stelle sich vor, eine Regierung will eine Gesetzesnovelle auf den Weg bringen. Sie lädt dazu diverse Experten und Interessenvertreter ein, lässt Gruppen und Untergruppen ein ganzes Jahr arbeiten. Und am Ende stellt sie sich hin, schaut auf deren Vorschläge und sagt: Wir werden das Gegenteil tun.

Willkommen in Österreich. Denn genau das wird dieser Tage geschehen. Voraussichtlich am Mittwoch, 25. September, vier Tage vor der Nationalratswahl, wird das ehemalige (und möglicherweise künftige) Regierungsduo aus Türkis-Blau das „Gewaltschutzpaket“ beschließen. Das Kernziel: Das Strafmaß bei Gewalt- und Sexualdelikten soll verschärft werden. Wieder schraubt eine Regierung am Strafrecht. Es ist die fünfte Novelle in zehn Jahren.

Bedarf nach noch einer Novelle hätte es nicht gegeben. Doch darum ist es gar nicht gegangen.

„Null Toleranz“ den Tätern gegenüber und einen erhöhten Opferschutz habe man im Sinn, heißt es seitens der ÖVP und der FPÖ. „Von einer Schiefelage bei den Strafen“, sprach der damalige Bundeskanzler Sebastian Kurz im Jänner 2019 im Vergleich zu etwa Wirtschaftsdelikten. Das Mindeststrafmaß bei Vergewaltigungen legt die Novelle nunmehr auf zwei Jahre Haft fest (vormals eines), bedingte Strafen sollen gar nicht mehr ausgesprochen werden.

Gefordert hat das niemand. Opferorganisationen, Anwälte, Richter laufen gegen die Gesetzesnovelle Sturm. „60 fundierte Stellungnahmen“ seien nicht berücksichtigt worden, klagt der Rechtsanwältinnen-Präsident Rupert Wölfl. Die Präsidentin der Richter-

vereinigung, Sabine Matejka, spricht von einer „gewissen Law-and-Order-Politik“. Der aktuelle Justizminister Clemens Jabloner wollte „nicht die mit dieser Strafrechtsreform verbundenen Werte-Entscheidungen“ treffen und legte das Projekt auf Eis. Und selbst die Opferorganisationen schrien auf. Der Verein Neustart, eine Größe in der Resozialisierungshilfe, der Opferarbeit und der Prävention, warnte, dass „kein präventiver Bedarf nach (weiteren) Strafverschärfungen“ bestehe und solche „auch nicht geeignet sind, präventive Wirkung zu entfalten“. Geht es nach Experten, muss nicht das Strafmaß erhöht, sondern das „Dunkelfeld“ verkleinert werden. Schätzungen zufolge wird nur rund jede zehnte Vergewaltigung angezeigt. 2018 waren es 936. Im



Opferorganisationen, Anwälte, Richter laufen gegen die Gesetzesnovelle Sturm

Zeitraum von 2008 bis 2017 kamen auf 8508 angezeigte Vergewaltigungen aber nur 979 Verurteilungen. Um die Opfer zu unterstützen, muss es leichter werden, den Täter anzuzeigen, muss der Justizapparat sensibilisiert, muss die Beweissicherung ausgebaut, müssen die Opfer gut durch die Prozesse begleitet werden.

Die Ad-hoc-Koalition aus Türkis-Blau hat anderes im Sinn. Schließlich hatte man die Task Force „Strafrecht, Opferschutz und Täterarbeit“ unter der Führung der damaligen Staatssekretärin Karoline Edtstadler mit großem Pomp im März 2018 einberufen. Kaum im Amt, arbeitete man sich am Sexualstrafrecht ab.

Das hat Kalkül. Das Thema emotionalisiert die Wählerschaft verlässlich. Und die zahlreichen „Gewaltverbrecher aus anderen Ländern“ (Innenminister Herbert Kickl im Jänner) durften auch nicht fehlen.

Sexueller Missbrauch findet aber überwiegend im Familien- und Bekanntenkreis statt. In fast 90 Prozent der angezeigten Fälle kennen Täter und Opfer einander. Statistisch gesehen ist es für Frauen auf der eigenen Wohnzimmercouch gefährlicher als im Park. Den Namen des Onkels oder des eigenen Partners im Wachzimmer anzugeben trauen sich viele nicht. Den Familiennäher, den Vater der eigenen Kinder gibt man nicht einfach preis.

Um die Quote zu erhöhen, soll eine Anzeigepflicht für Gesundheitsberufe, für Ärzte, Psychologen oder Apotheker, kommen. Diese aber zerstört das Vertrauensverhältnis zwischen Patient(innen) und Behandelnden. Es sei zu befürchten, dass sich „betreffende Frauen aus Angst vor den rechtlichen Folgen nicht mehr in Behandlung begeben“, heißt es vom Frauenring, dem größten Dachverband österreichischer Frauenvereine.

Kommt es zu einem Prozess, zögern wiederum die Richter mit einer Verurteilung, wenn nur Aussage gegen Aussage steht und der Fall nicht lückenlos auf dem Tisch liegt. Vor allem, wenn die Strafen drastisch sind.

Die Richter sprechen Recht. Für Sühne sorgen können sie im modernen Strafrecht nicht. Der Gesetzgeber hat die Emotion der Bürger, den Wunsch nach Bestrafung, in die Freiheitsstrafe, ein rationales und nachvollziehbares Strafmaßrastrer kanalisiert. Der Grundsatz der Unschuldsvermutung und der Grundsatz, im Zweifel zugunsten des Angeklagten zu entscheiden, bilden Sicherheitsnetze gegen den blinden Vergeltungsdrang.

Für den Populismus aber zählt nur die emotionale Durchschlagskraft. Er orientiert seine Maßnahmen an ihrer Wirkungsmacht bei der Wählerschaft – auch wenn Erstere an der betroffenen Zielgruppe vorbeischießen. Er habe wenig Verständnis für die Kritik, die „manche Experten“ geäußert hätten, sagte der damalige Bundeskanzler Sebastian Kurz noch im Jänner. Er hat sie ein Jahr arbeiten lassen. Sie anzuhören stand ihm offenbar aber nicht im Sinn.

Justiz. Geplante Strafverschärfungen bei Sexual- und Gewaltdelikten folgen Populismus statt seriöser Kriminalpolitik.

Übergriff gegenüber den Gerichten

VON ROLAND MIKLAU

Im vergangenen Frühjahr legte die frühere Bundesregierung den Entwurf eines Dritten Gewaltschutzgesetzes vor. Dieser enthielt unter anderem Vorschläge zur Stärkung des Opferschutzes, die weithin auf Zustimmung stießen. Einen Wertmuströpfchen bildet allerdings die mangelnde Bereitschaft zur ausreichenden Finanzierung einer opferorientierten Arbeit mit Männern, die nach einem oder mehreren Aggressionsakt(en) aus einer Wohnung weggewiesen wurden. Das für ein Antiaggressionstraining vorgesehene Ausmaß von drei Stunden ist in vielen Fällen offenkundig nicht ausreichend.

Ein zweiter Teil des Gesetzesentwurfes besteht aus strafrechtlichen Vorschlägen. Im Sinne des türkis-blauen Regierungsprogramms 2017 („härtere Strafen für Gewalt- und Sexualverbrechen“) ist eine Anhebung von Strafdrohungen vorgesehen (Er schwerungsgründe, Mindeststrafen, Tatbestandsverlängerungen und Verschärfungen). Jedoch ist erst Anfang 2016 eine sorgfältig vorbereitete Ausbalancierung der Strafrahmen mit der Grundtendenz einer strengeren Ahndung von Gewaltdelikten im Verhältnis zu vermögensbezogenen Straftaten wirksam geworden. Soll dieses wertbezogene „Zurechtrücken“ der Relationen im Strafbuch nunmehr gewissenmaßen „nachgedoppelt“ werden? Damit würde das gewonnene Gleichgewicht der Sanktionsdrohungen wieder zu einer schiefen Ebene, diesmal in der Gegenrichtung.

Krass systemwidrig

und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, Rechtsfakultäten der Universitäten usw.) einhellig abgelehnt, und zwar auch von Gewaltschutz- und Opferhilfeorganisationen, die kontraproduktive Auswirkungen – vor allem ein Absinken der Anzeigebereitschaft – befürchten.

Das Einziehen von Mindeststrafen, der willkürliche Ausschluss der bedingten Strafnacht bei einem einzigen Tatbestand und andere Verschärfungen haben die Tendenz, eine sachgerechte Beurteilung der sehr unterschiedlichen Einzelfälle bei der Strafbemessung der Gerichte einzuzugeln. Dieses auf Misstrauen gegen die dritte Gewalt beruhende Vorhaben stellt, sollte es verwirklicht werden, aus rechtssystematischer und rechtspolitischer Sicht geradezu einen Übergriff der Legislative gegenüber der Judikative dar.

Schlechtes Omen!

Der Gesetzesentwurf einschließlicher von der Fachwelt so gut wie einheitlich abgelehnten Straferverschärfungen soll noch unmittelbar vor der bevorstehenden Wahl des Nationalrates von den bisherigen Koalitionspartnern ÖVP und FPÖ beschlossen werden. Dem Vernehmen nach ist nicht einmal eine Sitzung des Justizausschusses, geschweige denn ein Expertenhearing oder dergleichen geplant, nur eine Kurzbehandlung und Abstimmung im Plenum des Nationalrates! Für ein solches einmaliges und demokratiewidriges Vorgehen fehlt mir jedes Verständnis. Es ist ein denkbar schlechtes Omen zum Auftakt der demnächst beginnenden Gesetzgebungsperiode

2. Kommunizieren und Erklären

Vertrauensverlust

Wie können wir glaubwürdig sein zwischen „Lügenpresse“ und Sozialen Medien?

- Hoher Vertrauensverlust in Medien
- Nur 41% in Österreich haben Vertrauen in Medien (2015 waren es noch 48%).
- 50% in Deutschland haben Vertrauen in Medien (2015: 60%).

2. Kommunizieren und Erklären

Nachrichten vermeiden

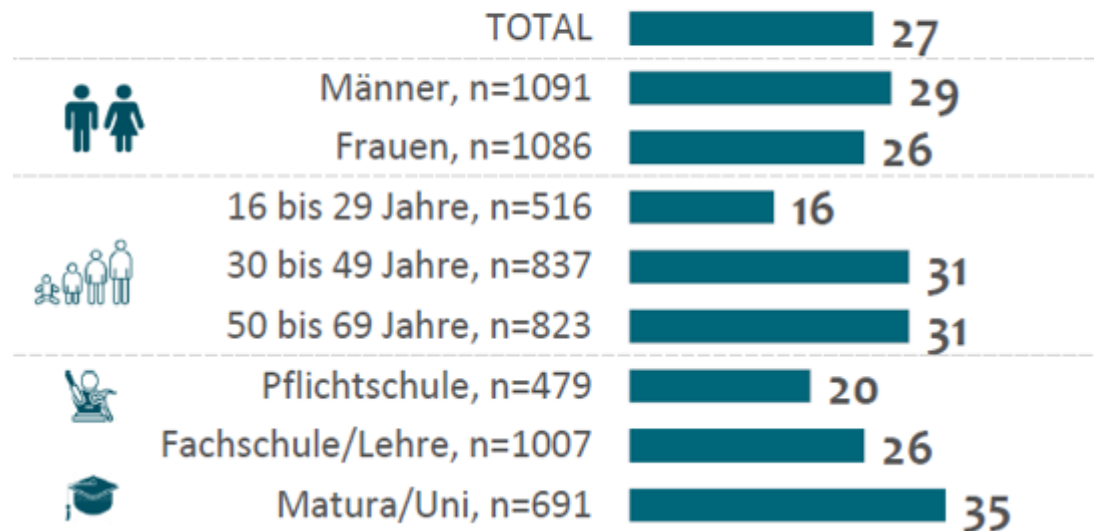
- weltweiter Trend, dass immer mehr Menschen Nachrichtenkonsum aktiv vermeiden
- Spitzenreiter Brasilien 54%
- Deutschland ca. 1/3



2. Kommunizieren und Erklären

Bekanntheit

Der Verein NEU**START** ist bekannt



2. Kommunizieren und Erklären

Kopf und Bauch

- Zahlen, Daten, Fakten
- Emotionen – Stories und Humor
- Die eigene Erzählung erzählen und das Narrativ nicht den Populisten überlassen.
- Strategisch und mit...



2. Kommunizieren und Erklären

Augenzwinkern

 **Verein NEUSTART**
Published by Roland Puck · May 4 at 11:32 AM · 🌐

"Furcht ist der Pfad zur dunklen Seite. Furcht führt zu Wut, Wut führt zu Hass, Hass führt zu unsäglichem Leid" #yoda #maythe4thbewithyou

Die NEUSTART Online-Beratung ist ein möglicher erster Schritt, sich seine Sorgen, Ängste und auch Wut von der Seele zu schreiben: <https://www.neustart.at/schnelle-infos/onlineberatung/>

Das Programm Dialog statt Hass soll für Themen der Diskriminierung sensibilisieren, Unrechtsbewusstsein schaffen, zu Reflexion und in der Folge zu Verhaltensänderung führen.



MESSANGER
Furcht 

3. Wirkungsnachweis

Transparenz

- Legitimes Interesse vieler Stakeholder
- Politik
- Auftraggeber:innen
- Zuweiser:innen
- Steuerzahler:innen
- Klient:innen



4. Innovation



4. Innovation

Dialog statt Hass

- Gemeinsam mit Bewährungshilfe
- Sechs Monate
- Ziel: Prävention
- Inhalte
 - Normverdeutlichung
 - Medienkompetenz
 - Auseinandersetzung, Reflexion
 - Opferempathie



4. Innovation



Das ist Wiens Neujahrsbaby 2018 🤱



4. Innovation

Heute Heute
20 hrs · 🌐

Das ist Wiens Neujahrsbaby 2018 🤱



AfD Freunde Kinzigtal shared Heute's post.

20 hrs · 🌐

Wiens Neujahrsbaby. Das sind die neuen Europäer.
Show Attachment

👍👎👤 483

220 Comments 35 Shares

Like · Reply · 20h

█ Gleich abschieben die sippe
Like · Reply · 20h 15

↳ 1 Reply

█ Und jetzt ab wo die hergekommen sind
Like · Reply · 20h 12

█ weg damit
Like · Reply · 20h 9

█ Davon gibt's genug
Like · Reply · 20h 7

█ Noch mehr!!! 🤔
Like · Reply · 4h 1

█ Sowas will keiner sehen
Like · Reply · 4h 8

█ Verbrecher
Like · Reply · 4h 5

█ Na Prost Neujahr
Like · Reply · 4h 2

█
🤔🤔
Like · Reply · 4h 4

5. Haltung



1978 - heute



- 38.582 Verurteilungen wegen Delikten gegen Leib und Leben im Jahr 1978.
- 2019 waren es 5.627.

Kontakt

thomas.marecek@neustart.at

www.neustart.at

